

# Hier alt zu werden war nicht vorgesehen

**Senioren** Türkische Gemeinde und Paritätischer Wohlfahrtsverband wollen bei sozialen Diensten kooperieren. *Von Sabine Nedele*

Unter den rund 2,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg sind allein 300 000 Senioren. Laut dem Jahrbuch 2009 des Statistischen Bundesamts gehören sie zu der am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppe. Sie haben gar nicht oder nur sehr eingeschränkt Zugang zu sozialen Diensten, entweder weil sie die Angebote nicht kennen oder weil die Anbieter nicht gezielt auf diese Klientel zugehen.

Um das zu ändern, hat der Paritätische Wohlfahrtsverband gemeinsam mit der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg jetzt eine Fachtagung mit rund 80 Vertretern von Sozialverbänden und Vereinen, mit Ärzten und Dozenten veranstaltet. „Aufeinander zugehen statt ausgrenzen“ lautete das Motto dieser ersten gemeinsamen Veranstaltung. Deren Ziel ist, die Angebote in den Bereichen Altenhilfe, Behindertenhilfe und Gesundheit für Menschen mit Migrationshintergrund zugänglich zu machen. Die wenigsten von ihnen nehmen diese Hilfen in Anspruch – sei es aus Angst oder aus Unkenntnis. Andererseits wollen auch die Verbände verstärkt Mitarbeiter mit Migrationshintergrund einsetzen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat sich 2006 die „interkulturelle Öffnung“ auf die Fahnen geschrieben, will es aber nicht bei der Übersetzung einschlägiger Broschüren ins Türkische oder ins Russische bewenden lassen. „Wir müssen unsere eigene Arbeit und unsere Haltungen reflektieren“, erklärte Hansjörg Böhringer, der Landesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, bei der Eröffnung.

Auch Justizminister Ulrich Goll (FDP), der Integrationsbeauftragte der Landesregierung, betonte die Notwendigkeit einer interkulturellen Öffnung, schließlich stehe das Gesundheitssystem allen offen, werde aber nicht von allen gleich genutzt. Angesichts der wachsenden Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund, die hier ihren Lebensabend verbringen, müsste man die interkulturelle Kompetenz des Pflegepersonals stärken. Zwar seien solche Inhalte mittlerweile Bestandteil auch der Lehrpläne, aber es gebe noch zu wenig Pflegepersonal mit Migrationshintergrund – „das wäre das beste Mittel überhaupt“.

Kenan Kolat, der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), forderte eine „Versorgung, die die



In einem Seniorenzentrum in Duisburg kümmern sich bereits türkischstämmige Sozialarbeiter um ihre Landsleute.

Foto: dpa

Würde des Einzelnen respektiert“. Für die schnell wachsende Zielgruppe der Älteren – oft Frührentner, die jahrelang körperlich hart gearbeitet haben oder Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus – brauche es zentrale Beratungsstellen für finanzielle, rechtliche und gesundheitliche Belange, außerdem Kooperationen auch mit Pflegeeinrichtungen in der Türkei, eine starke Vernetzung mit Migrantenorganisationen, eine finanzielle und institutionelle Absicherung. „In Deutschland alt zu werden war nicht vorgesehen“, sagte er. Des-

halb pendelten viele Türken nun zwischen beiden Welten: Kinder und Enkelkinder seien in Deutschland verwurzelt, die Bindung an die Türkei sei aber noch da.

Auch Hüseyin Yilmaz, Altenhilfeberater beim DGB Hamburg, erinnerte in der anschließenden Diskussion daran, dass die Angehörigen der ersten Gastarbeitergeneration schwer gearbeitet hätten und oft nur über geringe Renten verfügten. Viele hätten kaum Deutsch gelernt und ihre Kinder oft zu Dolmetscherdiensten herangezogen. „Da gab es viele Missverständnisse.“ Katja

Ngassa Djomo vom Ethno-medizinischen Zentrum Hannover griff das Problem der zuvor auch von Goll thematisierten Sprachlosigkeit auf. Die Forderung zur Integration über Sprache müsse früher ansetzen, könne aber bei alten, dementen oder stark pflegebedürftigen Menschen kein Thema sein. „Der Anspruch geheilt zu werden entsteht nicht erst dann, wenn man sich ohne muttersprachliche Hilfe im System zurechtfindet“, sagte sie. Auch sie verlangte eine „interkulturelle Öffnung innerhalb des Systems“. Das könne auf mehreren Ebenen geschehen: So müsse das Recht, verstanden zu werden, zum Prinzip der Sozialen Dienste werden. Die Mitarbeiter bräuchten entsprechende Weiterbildung und muttersprachliche Materialien.

Ngassa Djomo zeigte sich allerdings zursichtlich, dass sich einiges verbessern lässt: Der Bedarf auf Menschen mit Migrationshintergrund zuzugehen sei da, sagte sie. „Die Praktiker wollen das.“ Es fehle eher an der strukturellen Einbeziehung dieser Bevölkerungsgruppe. Hans Steiner, der Leiter des Büros für Migration und Integration in Freiburg, bekräftigte diese Sichtweise. Den Blick allein auf die Sprache zu legen habe keinen Fortschritt in der Integrationsdebatte gebracht, sagte er. Vielmehr müsse man Migranten als Mitgestalter gewinnen. „Das ist ein Prüfstein für die Politik, sich auch finanziell zu engagieren.“

## GEFRAGT IST EINE KOOPERATION AUF AUGENHÖHE

**Der Paritätische** Der Landesverband Baden-Württemberg im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband ist Dachverband für 800 soziale Organisationen, mehr als 4000 soziale Dienste und Einrichtungen sind dem Verband angeschlossen. Der Wohlfahrtsverband mit seinen gut 50 000 hauptamtlich Beschäftigten engagiert sich unter anderem in der Altenhilfe und -pflege, in der Behindertenhilfe und Psychiatrie, in der Jugend- und Erziehungshilfe, der Sucht- und Drogenhilfe und kümmert sich

um Migration, Selbsthilfe und Gesundheit, Familie, Frauen und Mädchen, Arbeit und Kindertagesbetreuung.

**Türkische Gemeinde** Der Bundesverband der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) – jetzt mit Sitz in Berlin – wurde 1989 in Hamburg gegründet und vertritt die Interessen der rund zwei Millionen in Deutschland lebenden Menschen türkischer Herkunft. Der Dachverband organisiert rund 300 Vereine und setzt sich für die rechtliche, soziale und poli-

tische Gleichstellung seiner Mitglieder ein. Seit 2006 gibt es die türkische Gemeinde in Baden-Württemberg mit rund 5000 Mitgliedern in 36 Ortsverbänden.

**Multiplikatoren** Im Projekt Moqa (Motivieren, qualifizieren, aktivieren) werden Eltern türkischer Herkunft über das deutsche Bildungssystem informiert, zum Engagement in Schulgremien ermutigt und zu Multiplikatoren ausgebildet. Ziel ist die Verbesserung der Schulnoten ihrer Kinder. *sane*

## Mehr Unfälle auf dem Schulweg

**Krankenkasse** Anscheinend wirkt sich die Konzentration von Schulstandorten auf die Verkehrssicherheit der Kinder aus.

Der Weg zur Schule bleibt gefährlich: Rund 14 600 Kinder im Südwesten sind im vergangenen Jahr so schwer auf ihrem Schulweg verunglückt, dass sie ärztlich behandelt werden mussten. Wie die Techniker Krankenkasse (TK) Baden-Württemberg weiter berichtet, kamen auf 1000 Schüler 6,2 Unfälle auf dem Weg zum Unterricht. Das bedeutet einen Anstieg im Vergleich zu 2007, als der Wert bei 5,8 pro 1000 Schüler lag. 2003 waren es aber noch 9,2 Unfälle; insgesamt waren damals 21 500 Unfälle gemeldet worden. Die TK bezieht sich auf eine aktuelle Statistik der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung. Der Bundesdurchschnitt liegt bei

einer Quote von 7,0. Laut dieser Statistik kommen die Kinder im Südwesten nach Berlin (5,0 Unfälle pro 1000 Kinder) und Hessen (5,2) am sichersten zur Schule.

Experten führen die erneute Zunahme unter anderem darauf zurück, dass zunehmend kleinere Schulen geschlossen werden und der Schulweg für etliche Kinder länger und damit auch gefährlicher wird. Zudem ist jede vierte Schule im Südwesten bereits eine Ganztagschule. Wenn Kinder von dort Ausflüge unternehmen und dann zu Schaden kommen, wird das ebenfalls als Schulwegunfall registriert. Laut Krankenkasse ist die Unfallgefahr an dunklen Wintertagen am größten. *lsw*

## Zahl der Wohnungslosen nimmt zu

**Diakonisches Werk** Langzeitarbeitslosigkeit und die hohen Mieten im Südwesten lassen das Risiko steigen.

In Baden-Württemberg suchen mehr Wohnungslose als je zuvor Hilfe bei sozialen Einrichtungen. „Mit jetzt 9906 Personen haben wir einen neuen Rekordstand“, sagte Frieder Claus vom Diakonischen Werk in Stuttgart. Er stellte eine neue Studie der Liga der freien Wohlfahrtspflege vor. Demnach nahm die Zahl der Hilfsbedürftigen 2009 um rund 4 Prozent, in den vergangenen zehn Jahren sogar um 36 Prozent zu. Die Bevölkerung wuchs in dieser Zeit nur um zwei Prozent.

Besonders stark stieg die Zahl der unter 25-jährigen und der Frauen. Claus sieht im angespannten Wohnungsmarkt mit hohen Mieten den Grund dafür, dass immer mehr

Menschen obdachlos werden oder Hilfe bei betreutem Wohnen und in Fördereinrichtungen suchen. „Wir merken außerdem, dass immer mehr Langzeitarbeitslose bei uns auftauchen, die im Zusammenhang mit Hartz IV Probleme bekommen und deshalb ihre Wohnungen verlieren“, sagte der Experte. „Dabei ist Obdachlosigkeit siebenmal teurer als geeignete Maßnahmen zu ihrer Verhinderung.“

Auch die Wirtschaftskrise werde die Situation verschärfen, vor allem in den ambulanten Fachberatungsstellen. Diese werden hierzulande, anders als in Bayern oder Sachsen, von den besonders von Steuerausfällen geplagten Kommunen getragen. *lsw*

## Grüne: Land muss Einsatz für das Klima vervielfachen

**Kritik** Nach Ansicht der Öko-Partei fällt Baden-Württemberg in seinen umweltpolitischen Bemühungen weit hinter den Bund zurück.

Im Kampf gegen die erwarteten dramatischen Folgen des Klimawandels muss Baden-Württemberg seine Anstrengungen in der Umweltpolitik aus Sicht der Grünen vervielfachen. „Die Landesregierung ist von einer ambitionierten Klimaschutzstrategie nach wie vor weit entfernt“, sagte der Vizefraktionschef der Grünen im Landtag, Franz Untersteller. „Maßstab für die künftige Regierung des designierten Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) sollte das Ziel der Bundesregierung sein, bis 2020 den Ausstoß an Kohlendioxid um 40 Prozent zu verringern.“ Hinter dieser anvisierten Marke bleibe das Land weit zurück. Lediglich 20 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Südwesten habe sich die Landesregierung bis zum Jahr 2020 vorgenommen. Auch auf anderen Feldern sei der umweltpolitische Ehrgeiz der CDU/

FDP-Koalition in Baden-Württemberg geringer als der des Bundes.

Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) wies die Kritik zurück. Bei vielen Klimadaten liege der Südwesten besser als der Bundeschnitt: „Im übrigen auch, dank der von den Grünen nicht gemochten Kernkraft.“ Das Klimaschutzkonzept des Landes werde bis Ende 2010 überarbeitet, auch um die Ergebnisse des Klimagipfels in Kopenhagen einzuarbeiten, sagte Gönner. Baden-Württemberg stehe auch bei erneuerbarer Energie gut da. Mit einem Anteil von knapp neun Prozent liege das Land deutlich über dem Bundeschnitt von sieben Prozent.

Untersteller kritisierte weiter, während man im Bund bis 2020 einen um 15 Prozent niedrigeren Verbrauch von Primärenergie wie Öl, Kohle, Gas oder Uran anpeile, begnüge sich das Land mit einer Senkung um

10 Prozent. „Die erneuerbaren Energien will der Bund im gleichen Zeitraum um 30 Prozent ausbauen, das Land nur um 20 Prozent. Angesichts der klimapolitischen Herausforderungen ist das zu wenig.“

Schließlich sei Baden-Württemberg die führende Region in Forschung und Technologie. Energiesparende und rohstoffschonende Technik, neue umweltverträgliche Antriebsformen und die Sanierung vieler schlecht isolierter Häuser im Land wären auch ein ambitioniertes Programm für den Wirtschaftsaufschwung. „Aber statt wenigstens die vom Finanzminister mit großem Pomp zugesagten 25 Millionen Euro pro Jahr für Klimaschutzmaßnahmen an landeseigenen Gebäuden freizugeben, hat die Koalition dieses Geld bereits im Vorfeld der Haushaltsberatungen geräuschlos ge-

strichen“, beklagte Untersteller.

Untersteller mahnte, auch der Stromverbrauch müsse im Südwesten deutlich gesenkt werden: „Während der Bund sich wenigstens ein Sparziel von 10 Prozent bis 2020 gesetzt hat, entwickelt die Landesregierung auf diesem Feld überhaupt keinen Ehrgeiz.“ Dabei gäbe es dafür allen Grund: „Der Stromverbrauch der privaten Haushalte in Baden-Württemberg ist zwischen 1990 und 2007 trotz steigender Strompreise um 36 Prozent hochgeschwollen.“ Dem müsse man mit einem vielfältigen Programm und einer breiten Informationskampagne gegensteuern. So könnten Stand-by-Verluste der vielen elektronischen Geräte verringert und stromfressende Heizungsanlagen durch energiesparende Systeme ersetzt werden. *lsw*



Foto: SZ

„Die Regierung entwickelt auf diesem Feld überhaupt keinen Ehrgeiz.“

Frank Untersteller (Grüne) über das Stromsparen

## Islamunterricht

### Städtetag begrüßt Raus Ausbaupläne

Der baden-württembergische Städtetag reagiert positiv auf die Absicht von Kultusminister Helmut Rau (CDU, den islamischen Religionsunterricht auszubauen. Das sei ein Signal der Offenheit und Toleranz gegenüber einem friedlichen Islam, sagte Verbandssprecher Manfred Stehle der Deutschen Presse-Agentur. Wenn der Unterricht in deutscher Sprache stattfindet und Grundkenntnisse aus den christlichen Religionen vermittelt, könne er einen wertvollen Beitrag für ein kulturelles Miteinander in den Städten und zur interkulturellen Erziehung leisten. Die Städte, in denen der Islam-Unterricht angeboten wird, sollten die Schulen eng in die lokalen Integrationskonzepte einbeziehen, rät der Städtetag.

Seit dem Schuljahr 2006/07 testet das Land an zehn Grundschulen sunnitischen und an zwei Grundschulen alevitischen Religionsunterricht in deutscher Sprache. Künftig soll es nicht nur an Grundschulen, sondern auch in fünften Klassen an bis zu fünf Schulen islamischen Religionsunterricht geben, berichtete die „Südwest Presse“ am Samstag. Zudem sollen „bis zu zehn weitere Grundschulen“ in das Programm einbezogen werden. Einen entsprechenden Vorschlag werde Rau am Dienstag dem Kabinett unterbreiten. *lsw*

## Steuerprüfungen

### Ruhe an Feiertagen

Die Steuerzahler in Baden-Württemberg können zwischen den Jahren aufatmen: Die Finanzämter im Land gewähren einen „Weihnachtsfrieden“ und verzichten rund um die Feiertage auf Steuerprüfungen. Vom 23. Dezember bis einschließlich Neujahr würden keine Außenprüfungen durchgeführt und keine Vollstreckungsmaßnahmen getroffen, teilte Finanzminister Willi Stächele (CDU) mit. Dies gelte jedoch nicht, wenn im Einzelfall etwa eine Verjährung drohe. Steuerbescheide werden weiterhin verschickt und auch Zahlungsfristen gelten über die Feiertage. *lsw*

## Nato-Gipfel

### Teuere Überstunden

Die beim Nato-Gipfel Anfang April in Baden-Baden, Kehl und Straßburg eingesetzten Polizisten haben 426 046 Überstunden geleistet. Wie Innenminister Heribert Rech (CDU) auf eine Landtagsanfrage der Grünen weiter mitteilte, vergütete das Land den Beamten ihre Mehrarbeit bisher mit mehr als 1,5 Millionen Euro. Der Großteil davon – 1,27 Millionen Euro – sei mit dem November-Gehalt gezahlt worden. Von Juni bis Oktober waren 260 000 Euro für Überstunden an Polizisten überwiesen worden. Im Haushaltsplan sind drei Millionen Euro für Überstunden veranschlagt, teilte Rech weiter mit. *lsw*

## Lebensmittelkontrolle

### Zusätzliche Prüfer

Angesichts von Gammelfleisch und Käseimitaten weitet Baden-Württemberg die Lebensmittelkontrollen aus. Bis 2012 sollen 66 neue Stellen für Kontrollreue geschaffen werden, kündigte Verbrauchermiister Peter Hauk (CDU) an. Bis jetzt sind 222 Kontrollreue unterwegs. Sie überprüfen jährlich 60 000 Betriebe bei 100 000 Besuchen. Außerdem werden etwa 53 000 Lebensmittelproben pro Jahr genommen. 2008 wurden in 28 Prozent der kontrollierten Firmen Mängel festgestellt. Besonders unter die Lupe genommen werden leicht verderbliche Lebensmittel. *lsw*

## Katholikentag 2012

### Etat aufgestellt

Der 98. Deutsche Katholikentag in Mannheim im Jahr 2012 kostet acht Millionen Euro. Die Erzdiözese Freiburg wird nach Angaben von Erzbischof Robert Zollitsch 1,1 Millionen Euro dazu beisteuern. Dies werde jedoch erst den Doppelhaushalt 2012/13 betreffen. Im aktuell vorliegenden Doppelhaushalt 2010/11 sind nach Angaben des Erzbischofs für die Finanzierung von Vorarbeiten entsprechende Mittel in einer Sammelposition vorgesehen. Land und Stadt hätten ebenfalls bereits beträchtliche Summen zugesagt. *lsw*

## Kontakt

### Redaktion Landespolitik

Telefon: 07 11/72 05-11 81  
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf den SEITEN 25 und 26